Gesetz vom, mit dem das Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz geändert wird (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz-Novelle 2006)

Der Landtag hat beschlossen:

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz), LGBl.Nr. 51/1992, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 32/2001, wird wie folgt geändert:

1. § 1 lautet:

„§ 1
Geltungsbereich

Dieses Gesetz gilt für Gemeinden, die auf Grund bundesgesetzlicher Ermächtigung durch Verordnung des Gemeinderates eine Abgabe für das Abstellen mehrspuriger Kraftfahrzeuge in Kurzparkzonen gemäß § 25 StVO 1960 erheben (Kurzparkzonengebühr).“

2. § 2 lautet:

„§ 2
Höhe der Kurzparkzonengebühr

Die Höhe der Kurzparkzonengebühr ist vom Gemeinderat durch Verordnung festzusetzen.“

3. § 3 Abs. 2 lautet:

„(2) Jeder Lenker, der ein mehrspuriges Kraftfahrzeug, das nicht unter die Ausnahmebestimmungen des § 6 fällt, in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone abstellt, hat die Kurzparkzonengebühr bei Beginn des jeweiligen Zeitraumes, für den die Abgabe festgesetzt wurde, zu entrichten.“

4. Im § 5 Abs. 1 wird das Wort „geparkt“ durch das Wort „abgestellt“ ersetzt.

5. § 6 lautet:

„§ 6

Befreiung von der Abgabe

Die Kurzparkzonengebühr ist nicht zu entrichten für:

1. Einsatzfahrzeuge und Fahrzeuge im öffentlichen Dienst gemäß §§ 26 und 26a StVO 1960;
2. Fahrzeuge des Straßendienstes und der Müllabfuhr gemäß § 27 StVO 1960;
3. Fahrzeuge, die von Ärzten bei einer Fahrt zur Leistung ärztlicher Hilfe gelenkt werden, sofern sie beim Abstellen mit einer Tafel gemäß § 24 Abs. 5 StVO 1960, gekennzeichnet sind;
4. Fahrzeuge, die von Personen im diplomierten ambulanten Pflegedienst bei einer Fahrt zur Durchführung solcher Pflege gelenkt werden, sofern sie beim Abstellen mit einer Tafel gemäß § 24 Abs. 5a StVO 1960, gekennzeichnet sind;
5. Fahrzeuge, die von dauernd stark gehbehinderten Personen abgestellt werden oder in denen solche Personen gemäß § 29b Abs. 3 StVO 1960 befördert werden, wenn die Fahrzeuge mit dem Ausweis gemäß § 29b Abs. 1 oder 5 StVO 1960 gekennzeichnet sind;
6. Fahrzeuge, die für den Bund, eine andere Gebietskörperschaft oder einen Gemeindeverband zugelassen sind, ausgenommen Personenkraftwagen;
7. Fahrzeuge, die lediglich zum Zwecke des Aus- und Einsteigens von Personen oder für die Dauer der Durchführung einer Ladetätigkeit halten.“

6. § 11 lautet:

„§ 11

Verweisung auf die Straßenverkehrsordnung 1960

Soweit in diesem Gesetz die StVO 1960 zitiert wird, ist darunter die Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl.Nr. 159, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 99/2005, zu verstehen.“

1. Problem:

Die Abgabe auf das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen war bis zum Finanzausgleichsgesetz 2005 bundesgesetzlich nicht ausdrücklich geregelt. Dies ermächtigte die Länder auf Grundlage des so genannten Abgabenfindungsrechtes eine derartige Abgabe einzuführen. Von dieser Kompetenz hatte der Landesgesetzgeber durch das Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz Gebrauch gemacht. Darin wurden die Gemeinden ermächtigt, eine Abgabe für das Parken mehrspuriger Kraftfahrzeuge zu erheben. Im Rahmen seiner Kompetenz hatte der Landesgesetzgeber auch das Höchstmaß der Abgabe zu bestimmen und konnte für den Abgabenertrag eine Zweckwidmung für den Bau von Verkehrsflächen vorsehen.

Nunmehr hat das der Bundesgesetzgeber im Finanzausgleichsgesetz 2005 die Gemeinden mit Wirkung vom 1. Jänner 2006 ermächtigt, Abgaben für das Abstellen mehrspuriger Kraftfahrzeuge in Kurzparkzonen (so genannte Parkgebühren) als ausschließliche Gemeindeabgabe im Rahmen ihres freien Beschlussrechtes durch Verordnung auszuschreiben (vgl. § 14 Abs. 1 Z 17, § 14 Abs. 2, § 15 Abs. 3 Z 5 FAG 2005).

Diese neue kompetenzrechtliche Einordnung der Abgabe berechtigt die Länder künftig nur mehr dazu, die bundesgesetzlich eingeräumte Ermächtigung der Gemeinden zu konkretisieren oder allenfalls zu erweitern, nicht aber einzuschränken.

Es besteht somit ein Anpassungsbedarf des Bgld. Kurzparkzonengebührengesetzes. Ohne Gesetzesänderung würde das geltende Kurzparkzonengebührengesetz das freie Beschlussrecht der Gemeinden künftig insofern einschränken, als es derzeit

- eine Höchstgrenze für die Parkgebühr festlegt,
- eine Zweckbindung des Abgabenertrages vorsieht und
- teilweise weiter gehende Ausnahmen von der Abgabepflicht vorsieht, als sie bundesgesetzlich vorgegeben sind.

Wenn die bundesgesetzliche Ermächtigung lediglich konkretisiert werden soll, dann ist auch der Besteuerungsgegenstand, der im Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz auf das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen beschränkt ist, auf den im FAG 2005 genannten

Tatbestand des Abstellens von mehrspurigen Kraftfahrzeugen, somit auf das Halten und Parken, anzupassen.

2. Ziel:

Anpassung des Gesetzes an die durch das Finanzausgleichsgesetz 2005 ab 1.1.2006 geltende Rechtslage.

3. Lösung:

Erlassung einer Änderung des Bgld. Kurzparkzonengebührengesetzes, in der die Bestimmungen, die künftig das freie Beschlussrecht der Gemeinden einschränken würden, beseitigt werden.

4. Alternativen:

Da der Landesgesetzgeber nicht verpflichtet ist, eine bundesgesetzlich eingeräumte Ermächtigung landesgesetzlich zu konkretisieren, könnte das Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz zur Gänze aufgehoben und die zu treffenden Regelung den Gemeinden auf Grundlage des § 7 Abs. 5 F-VG in Verbindung mit § 15 Abs. 3 Z 5 FAG 2005 überlassen werden.

Dem steht entgegen, dass die Gemeinden das Organisationsrecht für die Aufsichtsorgane nicht regeln und keine Strafbestimmungen erlassen können. Somit erscheint es zweckmäßig, lediglich die unzulässigen Einschränkungen der finanzausgleichsrechtlichen Ermächtigung zu beseitigen und das Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz weiter bestehen zu lassen.

5. Kosten:

Der Vollzug eines dem vorliegenden Entwurf entsprechenden Landesgesetzes hat für den Bund und für das Land keine finanziellen Auswirkungen. Für die Gemeinden kann es zu geringfügigen Mehr- oder Mindereinnahmen kommen, die von der Ausübung ihres Ermessens zur Abgabenerhebung abhängen.

Dadurch, dass der Höchstbetrag für die Parkgebühr entfällt, könnten die Gemeinden zusätzliche Einnahmen erzielen. Da aber die drei Gemeinden des Burgenlandes, die bisher die Kurzparkzonengebühr einheben, deutlich unter dem landesgesetzlich normierten Höchstmaß festgelegt haben, erscheint es nicht wahrscheinlich, dass sie auf Grund der Gesetzesnovelle

die Abgaben derart drastisch anheben, dass diese über dem bisherigen Höchstmaß liegt.

Während die geltende landesgesetzliche Ermächtigung lediglich das Parken von mehrspurigen Fahrzeugen der Abgabepflicht unterwirft, räumt die bundesgesetzliche Regelung die Möglichkeit ein, das Abstellen dieser Fahrzeuge, somit das Halten und Parken, zu besteuern. Damit könnten die Gemeinden Mehreinnahmen erschließen, wenn sie auch für das Halten von mehrspurigen Fahrzeugen in Kurzparkzonen eine Abgabe erheben. In der Praxis ist aber damit nicht zu rechnen.

Die vorliegende Novelle übernimmt die bundesgesetzlich vorgegebenen Tatbestände der Gebührenbefreiung. Diese Ausnahmen entsprechen teils den geltenden landesgesetzlichen Regelungen, teils entfallen einige Ausnahmen, teils kommen neue Tatbestände hinzu. Da nicht vorhersehbar ist, wie viele Fahrzeuge in Hinkunft zusätzlich von der Gebührenpflicht ausgenommen oder erfasst sein werden, kann nicht geschätzt werden, inwieweit sich per Saldo Mehr- oder Mindereinnahmen für die Gemeinden ergeben. Insbesondere wird es an den Gemeinden liegen, ob sie von ihrem Ermessen Gebrauch machen, über die gesetzlichen Ausnahmen hinaus weitere Ausnahmen zu schaffen. (Der Landesgesetzgeber darf jedenfalls die im § 15 Abs. 3 Z 5 FAG 2005 enthaltenen Ausnahmetatbestände nicht erweitern.)

6. EU-Konformität:

Der vorliegende Gesetzesentwurf steht nicht im Widerspruch zu gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften.

Erläuterungen

Zu Z 1 (§ 1):

Da Abgaben für das Abstellen mehrspuriger Fahrzeuge in Kurzparkzonen gemäß § 25 der Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960, BGBl. Nr. 159/1960, im Finanzausgleichsgesetz 2005, BGBl. I Nr. 156/2004, in der Fassung BGBl. I Nr. 34/2005 in den Katalog der ausschließlichen Landes(Gemeinde)abgaben aufgenommen und die Abgabe als ausschließliche Gemeindeabgabe eingeordnet wurde, erscheint es nicht mehr erforderlich, den Abgabentatbestand zu regeln bzw diesen an die neue bundesgesetzliche Ermächtigung anzupassen. Abs. 1 soll daher lediglich auf die bundesgesetzliche Ermächtigung hinweisen.

Die Verweisung auf die Straßenverkehrsordnung 1960, die im geltenden Gesetz im Abs. 2 geregelt ist, erfolgt aus systematischen Gründen nunmehr im § 11.

Da es im Ermessen der Gemeinde liegt, inwieweit sie von ihrer bundesgesetzlich eingeräumten Ermächtigung zur Abgabenerhebung Gebrauch macht, bedarf es der bisherigen landesgesetzlichen Ermächtigung im Abs. 3, wonach die Gemeinden einzelne Kurzparkzonen von der Abgabepflicht ausnehmen können, nicht mehr.

Zu Z 2 (§ 2)

Die bisher gebotene Festsetzung eines Höchstbetrages hat zu entfallen, da sie die nunmehr durch die Bundesgesetzgebung eingeräumte Ermächtigung der Gemeinden zur Abgabenerhebung in verfassungswidriger Weise einschränken würde.

Die verbleibende Bestimmung soll lediglich darauf hinweisen, dass die Höhe der Kurzparkzonengebühr vom Gemeinderat durch Verordnung festzusetzen ist.

Zu Z 3 (§ 3 Abs. 2):

Da die Gemeinden bundesgesetzlich ermächtigt werden, eine Abgabe für das Abstellen mehrspuriger Kraftfahrzeuge in Kurzparkzonen gemäß § 25 StVO 1960 zu erheben, wird beim Zeitpunkt der Gebührenentrichtung nicht auf den Beginn des Parkens abgestellt, sondern auf den Beginn des jeweiligen Zeitraumes, für den die Abgabe festgesetzt wurde.

Zu Z 4 (§ 5 Abs. 1)

Diese Bestimmung dient der Anpassung an das bundesgesetzlich normierte Abgabentatbestandsmerkmal des Abstellens mehrspuriger Kraftfahrzeuge.

Zu Z 5 (§ 6):

Diese Bestimmung übernimmt die Ausnahmetatbestände des § 15 Abs. 3 Z 5 Finanzausgleichsgesetz 2005, BGBl. I Nr. 156/2004, in der Fassung BGBl. I. Nr. 34/2005. Weitergehende Ausnahmen dürfen landesgesetzlich nicht normiert werden, da sonst die bundesgesetzlich eingeräumte Ermächtigung der Gemeinden zur Erhebung der Kurzparkzonegebühr eingeschränkt werden würde.

Zu Z 6 (§ 11):

Die bisherige Zweckwidmung im § 11 hat zu entfallen, da sonst die Abgaben- und Ertragshoheit der Gemeinden eingeschränkt wäre.

An deren Stelle wird aus systematischen Gründen die bisher im § 1 enthaltene Verweisung auf die Straßenverkehrsordnung 1960 aufgenommen.